

Scharfe Worte an die Adresse der Linken

Kreistag: Beim Thema Heizkosten für Hartz-IV-Empfänger im Landkreis platzt SPD, CDU und Grünen der Kragen

DARMSTADT-DIEBURG. Zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen den Kreistagsfraktionen mit den beiden Vertretern der Linken/DKP kam es in der gestrigen Sitzung. Dabei reagierten Sprecher von SPD, CDU und Grünen scharf auf einen Redebeitrag von Werner Bischoff, der den Antrag der Linke/DKP begründete, dass auf Vorlage des Vorauszahlungsbescheids des Energieversorgers die Kosten für Arbeitslosengeldbezieher vollständig von der Kreisagentur für Beschäftigung (KfB) übernommen werden sollen. Bischoff nutzte seinen Vortrag, dem Landkreis und hier vor allem der SPD vorzuwerfen, für alle möglichen „Wohltaten“ Geld auszugeben, nur nicht zur Übernahme der vollen Heizkosten und des Fahrgelds für Arbeitslose. Bischoff griff vor allem die SPD scharf an und schlug ihr für den Fall, dass sie den Antrag ablehne vor, „löst euren Laden auf“. Denn ihr Verhalten in Sozialfragen sei „pure Heuchelei“.

Während Manfred Pentz (CDU) für den Kreistag in dieser Frage keinen Handlungsbedarf sah und die Linke daran erinnerte, dass die Kosten für Hartz IV übernommen würden, darauf hinwies, dass im Kreis Offenbach Hartz-IV-Empfänger inzwischen als Energieberater eingesetzt würden, warf der Erste Kreisbeigeordnete und zum Landrat gewählte Klaus Peter Schellhaas (SPD) den Linken im Kreistag „blanke Agitation und Populismus“ vor. Er stellte sich demonstrativ vor die 163 Mitarbeiter der KfB. Der Versuch, sie in Misskredit zu bringen, „war eine Nummer zu viel“, schimpfte Schellhaas und hielt den beiden Linken im Kreistag vor, so zu tun, „als seien sie die einzigen, die mit Menschen reden, denen es schlecht geht“. „Ich kenne die Lebensverhältnisse der Arbeitslosengeldbezieher sehr gut“, fügte er hinzu.

Brigitte Harth (Grüne) wies darauf hin, dass es für alle, die mit der Kreisagentur unzufrieden seien, eine Beschwerdemanagement gebe. Sie gestand ein, dass es Einzelfälle gebe, die nicht zufriedenstellend geregelt seien. Doch es sei nicht sinnvoll, die KfB so „hoch emotional“ zu attackieren und ihr „perfide“ Entscheidungen zu unterstellen. Harth warf der Linken eine „Gesichtsfeldverengung“ vor und appellierte, zur Versachlichung zurückzukehren und die „kaum zu ertragende Art, Leute an den Pranger zu stellen“ zu beenden.

Das habe schon weh getan, sagte die SPD-Abgeordnete Angelika Dahms und forderte die Linke mit einem „Friedensangebot“ auf, „nicht weiter einen solchen Unsinn zu reden“. Die Linke käme sich offenbar vor wie die „Rächer der Enterbten“, ging auch Dagmar Wucherpfennig (SPD) mit den Linksaußen ins Gericht. „Wir können uns gern streiten“, aber mit solchen Angriffen könne sie nicht leben.

Pentz warf der SPD vor, sie reiche der Linken trotz „übelster Angriffe“ immer wieder die Hand. „Hören Sie damit auf“, forderte er von der SPD.

Die Grüne Brigitte Harth wiederum warnte davor, das Tischtuch zu zerschneiden, sondern wieder inhaltliche Debatten zu führen.